Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer viertheiligen Petitzeile 1¼ Sgr.

# Breslauer Zeitung

№ 347. Montag den 15. Dezember 1851.



## Telegraphische Nachrichten.

**Darmstadt, 12. Dezbr. Die Staatsregierung wird den neuen Wahlgesetzentwurf nicht zurückziehen, auch die Kammern nicht auflösen, sondern in nächster Woche die Berathungen fortsetzen lassen.**

**Paris, 12. Dezbr., Abends 8 Uhr. Die beiden Generäle Harrispe und Vaillault (?) wurden zu Marschällen von Frankreich ernannt.**

**Paris**, 12. Dezbr. Nachm. 5 Uhr. 3% 59, 80. 5% 97, 35.

**London**, 11. Dezbr., Nachm. 5 Uhr 30 Min. Consols 97⅞, 98. — Das fällige Dampfschiff aus Brasilien ist eingetroffen.

**Paris, 12. Dez. Eben erscheint die Presse wieder, an der Spitze Girardins Erklärung, der Redaktion fremd zu bleiben. An seiner Stelle ist Peradeaud von den Aktionären zum Haupt-Redakteur ernannt.**

**Der Aufstand im Drome-Departement ist unterdrückt, die Aufrührer sind zahlreich gefallen.**

**General Rulhieres wurde pensionirt.**

**Paris, 12. Dez. Ein Dekret beauftragt die konsultative Kommission mit Aufstellung des bevorstehenden allgemeinen Stimmergebnisses, sowie mit Funktionen des Staatsraths. Baroche ist Vice-Präsident.**

**Die Bank hat dem Schatz einen neuen Vorschuß von 25 Millionen gemacht, so daß die durch Vertrag vom 30. Juni 1848 bestimmten 75 Millionen jetzt voll sind. „La Patrie" enthält ein Verzeichniß von Maires und Gemeinderäthen, die Adhäsions-Adressen eingesandt.**

**Der Staats-Prokurator beim Seine-Tribunal bringt die Gesetzartikel wegen Zeichnung der Zeitungsartikel in Erinnerung.**

**General Randon ist zum General-Gouverneur von Algier ernannt.**

**Paris, 13. Dezember, Mittags. Der heutige „Moniteur" enthält das Dekret, welches die Wiederaufnahme verschiedener Arbeiten befiehlt, unter Andern der am Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten auf dem Quai d'Orsai.**

**Graf Chambord hat den Legitimisten anempfohlen, für den Präsidenten zu stimmen.** (Berl. Bl.)

## Preußen.

**Berlin**, 13. Dez. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, dem Wundarzt Riecke zu Heimburg, in der Grafschaft Wernigerode, das allgemeine Ehrenzeichen; und dem Kreis-Physikus Dr. Haßbach zu Geldern, Regierungs-Bezirks Düsseldorf, den Charakter als Sanitätsrath zu verleihen.

Die Wahl des Kollaborators an der lateinischen Schule der Frankeschen Stiftungen zu Halle, Dr. Oehler, zum Kollegen an derselben Anstalt ist bestätigt worden.

[Militär-Wochenblatt.] Schmidt, Oberst u. Direktor der Ober-Militär-Examinations-Kommission, gestattet, die Unif. des Generalstabes beizubehalten, bei welchem derselbe à la suite geführt werden soll. v. Trotha, Oberst u. Komdr. der 10. Inf. Brig., in gleicher Eigenschaft zur 10. Ldw. Brig., v. Fuchs, Gen. Major u. Komd. der 1. Ldw. Brig., in gleicher Eigenschaft zur 10. Inf. Brig. versetzt. Holfelder, Oberst und Komdr. des 1. Inf. Regts., zum Komdr. der 1. Ldw. Brig., v. Cranach, Oberst u. Komdr. des 25. Inf. Regts., zum Komdr. der 15. Inf. Brig., v. Orthegraven, Oberst-Lieut. vom 16. Inf. Regt., unter Beförderung zum Oberst, zum Komdr. des 25. Inf. Regts., v. Bosse, Oberst-Lt. vom 14. Inf. Regt., unter Beförderung zum Oberst, zum Komdr. des 1. Inf. Regts. ernannt. Leonhardi, Oberst-Lt. u. Komdr. des 7. Artill. Regts., v. Reuß, Oberst-Lt. u. Chef des Generalstabes V. Armee-Korps, v. Forstner, Oberst-Lt. u. Komdt. von Wesel, Prinz Alexander zu Solms-Braunfels, Oberst-Lt. u. Komdr. des 3. Huf. Regts., v. Randow, Oberst-Lt. u. Komdr. des 5. Ulan. Regts., Frhr. v. Moltke, Oberst-Lt. u. Chef des Generalstabes IV. Armee-Korps, v. Roon, Oberst-Lt. u. Komdr. des 33. Inf. Regts., Corsep, Oberst-Lt. u. Komdr. des 5. Kür. Regts., Bar. Lauer v. Münchhofen, Oberst-Lt. u. Komdr. des Garde-Kür. Regts., v. Stülpnagel, Oberst-Lt. u. Komdr. des 7. Ulan. Regts., Frhr. v. Beverförde-Werries, Oberst-Lieut. u. Komdr. des Garde-Huf. Regts., Krocker, Oberst-Lt. u. Inspekteur der 4. Festungs-Inspektion, Böthke, Oberst-Lt. u. Inspekteur der 6. Festungs-Inspektion, Perle, Oberst-Lt. u. Komdr. des 4. Artill. Regts., Gr. v. Blumenthal, Oberst-Lt. u. Flügel-Adjut. Komdr. des 1. Garde-Regts. zu Fuß, v. Alvensleben, Oberst-Lt. u. Flügel-Adjut., sämmtlich zu Obersten befördert. v. Loën, Pr. Lt. vom 1. Garde-Regt. zu Fuß, kommandirt zur Dienstl. als Adjut. beim Komdo. der Garde-Inf., zur Dienstl. bei Seiner Majestät Person kommandirt. v. Huëne, Gen. Major u. Inspekteur der 3. Ing. Insp., als General-Lieut. mit Pension der Abschied bewilligt. Dr. Wasserfuhr, General-Arzt des 2. Armee-Korps, mit Pension der Abschied bewilligt.

---

**Berlin**, 13. Dezbr. [Zur Handelspolitik.] Das offiziös instruirte C. B. sagt: dadurch, daß die diesseitige Regierung den Weg eines Vertrags-Abschlusses zwischen dem Zollverein und Oesterreich offen zu halten entschlossen ist, hat dieselbe sicherlich ein gut Theil der bei einzelnen Regierungen obwaltenden Bedenklichkeiten gehoben. Dem wiener Handels- und Zollkongreß möchte durch diese diesseits innegehaltene Politik sein eigentlicher Schwerpunkt genommen werden. — Man ist hier bei dem großen Interesse, welches man den Zollfragen im Publikum zuwendet, höchst gespannt auf die von Oesterreich dieserhalb einzunehmende Position. — Eine direkte und spezielle Verhandlung Preußens mit Oesterreich in dieser Angelegenheit möchte am nächsten noch zu einem Ziele führen.

Die Sp. Z. berichtet, daß unser Ministerium zwar die Beschickung der wiener Zollkonferenz abgelehnt, aber gleichzeitig unter dem 5ten positive Vorschläge über Gestaltung eines engen Handelsvertrages zwischen dem Zollverein und Oesterreich nach Wien habe gelangen lassen. Um darüber urtheilen zu können, inwieweit dieser Akt die Lobsprüche irgendwie rechtfertigt, die ihm die Sp. Z., ohne von den betreffenden Vorschlägen etwas Weiteres mitzutheilen, in überreichem Maße zollt, wird man natürlich nähere Aufschlüsse erwarten müssen. Das Faktum an sich kann ebensowohl einen Rückzug, als eine Absicht, „dem Gegner die Waffen aus der Hand zu winden", wie die Sp. Z. sich ausdrückt, andeuten.

Die gegenwärtigen Zollverhältnisse in Schleswig und Holstein betrachtet man zum großen Theil in Kopenhagen selbst nicht als dauernde. Doch herrschen sowohl, was das Verhältniß Holsteins zu den sich reorganisirenden Zollverhältnissen anderer deutscher Bundesstaaten, als was den Verkehr zwischen Schleswig und Holstein anlangt, die verschiedensten Ansichten vor. Zu Hoffnungen auf einen Beitritt Holsteins zu dem hannoversch-preußischen Vertrage ist man jedoch nicht berechtigt.

Eine Verminderung der Hemmnisse des Verkehrs zwischen Schleswig und dem Süden wird auch von der gegenwärtigen dänischen Regierung als nothwendig erachtet, doch möchte es zu bezweifeln sein, daß Veränderungen von dem jetzigen Gouvernement, welches sich in einer sehr unsichern Stellung dem Reichstage gegenüber befindet, werden gewagt werden.

Nach dem jetzt gedruckt vorliegenden Kommissionsbericht der zweiten Kammer über den preußisch-hannoverschen Septembervertrag ist unsere frühere Mittheilung, daß die Kommission den Vertrag pure zur Genehmigung empfiehlt, bestätigt. Der Antrag enthält keinerlei Klausel. Nur zur Vorbeugung einer Mißdeutung, welche daraus hervorgehen könnte, daß der Vertrag anderweite für die Zukunft zu treffende Vereinbarungen in Aussicht stellt, ist auf den Vorschlag eines Mitgliedes in dem Berichte die Bemerkung niedergelegt worden, „daß die Kammer der Vorlegung der in den Separat-Artikeln des Vertrages vorbehaltenen Vereinbarungen zu seiner Zeit in soweit entgegensehe, als zu denselben, nach den Bestimmungen des Staatsgrundgesetzes, die Zustimmung der Kammern erforderlich sei." Eine zu Gunsten der Rübenzucker-Industrie in Vorschlag gebrachte Wunschesäußerung hat die Kommission nicht genehmigt, da sie von der Ueberzeugung ausgeht, daß diese Industrie noch immer sich eines höhern Schutzes zu erfreuen hat, als ihr nach der Uebereinkunft vom 8. Mai 1841 zugedacht war. — Zu Art. 9 und den Sep.-Art. 8 u. 9 enthält der Bericht die beachtenswerthe Mittheilung, daß nach einer Eröffnung des Kommissarius des Handelsministeriums der Freihafen in Harburg nicht fortbestehen wird. Im allgemeinen und trotz einzelner Bedenken gegen manche Stipulationen spricht die Kommission als ihre Ueberzeugung aus: daß unter dem Einfluß der vorliegenden Verhältnisse der Abschluß des Vertrages unter günstigeren als den vereinbarten Bedingungen nicht hat erzielt werden können.

[Die Ausgaben des Staatshaushalts] scheiden sich unter der Rubrik der fortdauernden zunächst in Betriebs-, Erhebungs- und Verwaltungs-Kosten, und zwar 1) bei dem Finanz-Ministerium für Domänen 923,140, Forsten 2 Mill. 573,000, Centralverwaltung beider Zweige 82,150, zusammen 3 Mill. 578,290 Thlr. Direkte Steuern. Grundsteuer 465,931, klassifizirte Einkommensteuer 75,000, Klassensteuer 301,720, Gewerbesteuer 107,447, zusammen 950,098 Thlr. Indirekte Steuern zusammen 3 Mill. 968,277 Thlr. Salzmonopol 2 Mill. 937,879 Thlr. Lotterie 97,183 Thlr. Darlehnskassenverwaltung 19,970 Thlr. Münze 77,960 Thlr. In Summa 11 Mill. 629,657 Thlr. 2) Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten. Post 6 Mill. 545,509, Gesetzsammlung 25,028, Zeitungen 26,074, Telegraphie 171,709, zusammen 6 Mill. 768,374 Thlr. Porzellan-Manufaktur 112,226 Thlr. Bergwerke, Hütten und Salinen 5 Mill. 17,379 Thlr., in Summa 11 Mill. 897,979 Thlr., macht, mit Hinzurechnung von sub 1, im Betrag von 11 Mill. 629,657 Thlr. an Betriebskosten die Summe von 23 Mill. 527,636 Thlr. Dotationen. Zur Verzinsung der öffentlichen Schuld 5 Mill. 947,372, zur Tilgung 3 Mill. 624,309, Kosten der unverzinslichen Schuld 6000, Renten und extraordinär 22,369, Verwaltungskosten 58,450, zusammen 9 Mill. 658,500 Thlr., für die Kammern, und zwar die erste 33,070, die zweite 190,837, zusammen 223,907 Thlr., Summa der Dotationen 9 Mill. 882,407 Thlr. Staats-Verwaltungs-Ausgaben. 1) Staatsministerium. Büreau 36,825, geh. Civilkabinet 18,700, General-Ordens-Kommission 21,450, Verwaltung des Staatsschatzes und Münzwesens 14,980, Ober-Rechnungskammer 117,140, Ober-Examinations-Kommission rc. 970, zusammen 210,065 Thlr. 2) Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. Ministerium 91,860 Thlr., Gesandtschaften und Konsulate 523,870, verschiedene Ausgaben 75,300, zusammen 691,030 Thlr. Archive und Beiträge zu den Festungen Ulm und Rastatt 289,125 Thlr., in Summa 980,155 Thlr. 3) Finanz-Ministerium. Central-Finanz-Verwaltung, General-Verwaltung der Steuern und General-Staatskasse 160,920, Zuschuß an die allgemeine Wittwen-Verpflegungs-Anstalt 600,000, an Renten und Entschädigungen für aufgehobene Rechte rc. 342,910, Pensionen und Kompetenzen 2 Mill.

429,748, Oberpräsidien und Regierungen 1 Mill. 761,999, allgemeine Fonds zu Ablösungen, zu Gnadenbewilligungen und unvorhergesehenen Ausgaben 700,000, in Summa 5 Mill. 995,577 Thlr. 4) Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten. Centralverwaltuug des Ministeriums 18,800, für Eisenbahn-Angelegenheiten, Bauwesen und Gewerbe 150,893, für Hafen- und Schifffahrts-Beamte 541,379, zur Unterhaltung der Wasserwerke, der unchaussirten Wege rc. 1 Mill. 74,285, der Chausseen 2 Mill. 134,200, zu Chaussee-Neubauten 1 Mill. 40,000, Zuschuß für die Bau-Akademie 8560, zur Beförderung des Eisenbahnbaues 1 Mill. 564,501, zur Beförderung allgemeiner gewerblicher und Handelszwecke 168,900, in Summa 6 Mill. 701,518 Thlr. 5) Justizministerium. Für sämmtliche Gerichtshöfe, Kriminalkosten u. s. w. in Summa 9 Millionen 797,637 Thaler. 6) Ministerium des Innern. Für Straf-, Besserungs- und Gefangen-Anstalten 1 Million 141,374, für Wohlthätigkeits- und Armen-Anstalten 128,738 rc., in Summa 4 Mill. 69,394 Thlr. 7) Ministerium für landwirthschaftliche Angelegenheiten. Ministerium 40,859, Revisions-Kollegium für Landes-Kultur-Sachen 24,300, Auseinandersetzungs-Behörden 1 Mill. 76,174, für die Rentenbanken 50,000, zur Förderung der Landes-Kultur 98,380, der Pferdezucht 24,200, für das Deichwesen 34,167, Gestütverwaltung 424,766, in Summa 1 Mill. 772,846 Thlr. 8) Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten. Ministerium, einschließlich 19,965 Thlr. Dispositions-Fonds, 128,217 Thlr.; evangelischer Kultus 349,228, katholischer Kultus 725,401, Unterrichtswesens, Künste und Wissenschaften 1 Mill. 392,885, gemeinsame Ausgabe für Kultus nnd Unterricht 496,488, Medizinalwesen 302,383, in Summa 3 Mill. 394,602 Thlr. 9) Kriegsministerium, Ministerium und General-Militärkasse 262,699, für das Heerwesen 23 Mill. 273,630, Marine 411,716, Invalidenwesen 3 Mill. 163,790, für das große Militär-Waisenhaus in Potsdam 120,020, für die Miltär-Wittwenkasse 66,520, in Summa 27 Mill. 298,375 Thlr. — Die Bilanz haben wir im vorigen Stück unserer Zeitung gezogen, nach welcher, wenn die für 1853 in Wegfall gestellten Ausgaben von 2 Mill. 167,253 Thlr. aus dem Etat schwinden, die Staatseinnahme um 67,263 Thlr. höher ist, als die Staatsausgabe. Der Bestand des Staatsschatzes beträgt mit Schluß des Jahres 1850 4 Mill. 295,010 Thlr. 10 Sgr. Die Einnahmen desselben sind nach dem Durchschnittsbetrage der Einnahmen in den Jahren 1849 und 1850 mit 391,000 Thlrn., Ausgabeen aber, da sich solche nicht voraussehen lassen, keine in Ansatz gebracht.

**Berlin,** 13. Dezember. [Zur Tages-Chronik.] Se. Majestät der König haben den preußischen Geschäftsträger in Athen, Major v. Wildenbruch, zum Gesandten in Konstantinopel zu ernennen geruht.

Ihre Majestäten der König und die Königin haben den Weihnachtsbazar der verschiedenen Gewerke im ehemal. Diorama besucht und sind dort auf sinnige Weise durch Gesang und gestreute Blumen begrüßt worden. Se. Majestät der König geruhte einen Ankauf zu befehlen, verweilte mit Ihrer Majestät über eine halbe Stunde daselbst und verhieß baldige Wiederkehr.

Der Polizei-Präsident Herr v. Hinckeldey hat von Sr. Majestät dem Kaiser von Rußland den St. Annen-Orden zweiter Klasse mit Brillanten erhalten.

Der Justiz-Minister weist die sämmtlichen Gerichtsbehörden unter dem 6. Dezember an, die zur Vorlegung bei Sr. Majestät dem König bestimmten Akten-Auszüge in Untersuchungssachen recht gründlich zu machen und der klaren Erzählung der That auch die wesentlichen Ergebnisse der Beweisaufnahme beizufügen. (Schw. A.)

Nachdem gestern Vormittag eine Konferenz zwischen dem Ministerpräsidenten, Minister des Auswärtigen und dem Staatsminister für Handel u. s. w., unter Zuziehung der resp. Räthe, stattgefunden, versammelte sich Abends 7 Uhr das Staats-Ministerium zu einer Berathung.

Die Anstände, welche die Versendung des „Pr. Wochenblattes“ vor acht Tagen aufhielten, sind dem Vernehmen nach jetzt beseitigt. Das heut erscheinende Blatt wird gleichzeitig den auswärtigen wie den hiesigen Abnehmern zugesandt werden. — Der Redakteur des Wochenblattes, Dr. v. Jasmund, gehört dem Kreise jüngerer Gelehrten an, welchen die Bearbeitung der auf besonderen Wunsch unseres Königs in den 40er Jahren veranstalteten Sammlung der Quellenschriften zur deutschen Geschichte übertragen ist. Dr. v. Jasmund hat bis jetzt zwei Bände zu dieser Sammlung geliefert, u. A. hat er zu derselben Thegai's Leben Ludwig's des Frommen übersetzt.

Die polizeilichen Einrichtungen in der Rheinprovinz, welche mit dem 1. Januar vollständig ins Leben treten sollen, werden eine derartige Centralisation erhalten, daß von Koblenz aus die höhere Polizei auch an den anderen Orten gewissermaßen geleitet, vor Allem aber die größte Einheit und Gemeinschaftlichkeit in den Operationen aller Polizeiämter der Provinz herbeigeführt werden soll. Den gegenwärtigen Vorgängen in Frankreich gegenüber möchten die neuen Polizeiverwaltungen gute Gelegenheit haben, die Zweckmäßigkeit ihrer Einrichtung zu bewähren.

Obschon sicher auch für andere Provinzen eine bessere Centralisation der Polizeiämter gewünscht wird, sie möchte wohl so auch in Posen namentlich am Orte sein, so hat das Ministerium sich doch vor einiger Zeit in einer Art geäußert, die derartige Einrichtungen in andern Provinzen wenigstens für jetzt von der Hand weist.

Wir haben schon der Berathungen gedacht, welche zwischen dem Unterstaatssekretär Freiherrn v. Manteuffel und dem Polizei-Präsidenten Hrn. v. Hinkeldey, in Folge der von einer Deputation hiesiger Handwerksmeister an Hrn. v. Manteuffel gerichteten Bitte, Seitens der Behörden Maßregeln zur Regelung des Gesellenwesens zu veranlassen, gepflogen worden sind. Obschon in der Hauptsache die Besserung der Gesellenverhältnisse zum größern Theil in den Händen der Meister liegt und eine Aufgabe derselben ist, so steht man doch auch Seitens des Ministerii nicht davon ab, neben der negativen Wirksamkeit durch Verbote rc. wenn irgend möglich, organische zweckmäßige Einrichtungen anzubahnen oder den Gemeindeverwaltungen zu empfehlen. Es sollen dem Vernehmen nach zunächst gutachtliche Aeußerungen der Bezirksregierungen eingefordert werden.

Es wird neuerdings von Frankfurt aus der Ausbau der deutschen Bundesfestungen, namentlich Rastatts mit dem größten Eifer betrieben.

Es sind jüngst, wie wir hören, den Lokal-Kommissionen von der Bundes-Militär-Kommission genaue Weisungen zugegangen. Demgemäß möchte leicht für diesen Zweck eine Erhöhung der Matrikularumlagen eintreten.

Von den positiven Resultaten der Postkonferenz ist bis jetzt offiziell wenig bekannt geworden. Die Erweiterung des deutsch-österreichischen Postvereins durch Hinzutritt der Länder, in denen die Thurn- und Taxissche Postverwaltung besteht, dürfte das bedeutendste Resultat der Konferenz sein. Die Idee, dem Vereine selbst eine einheitliche Leitung wie dem Zollverein zu geben, wurde zurückgewiesen, und wird demnach die jährlich wiederkehrende Konferenz die Leitung, resp. Kontrole der Gesammtverwaltung zu besorgen haben. (C. B.)

[In Beziehung auf die dänische Frage] scheint, den „Hamb. Nachr.“ zufolge, eine neue Meinungsverschiedenheit zwischen der dänischen Regierung und Oesterreich einer- und Preußen andererseits eingetreten zu sein. Preußen habe sich — so meint dies Journal — für die Einberufung der alten Stände der Herzogthümer erklärt, wogegen die dänische Regierung die Ständeversammlung aus einem neuen Wahlgesetz hervorgehen lassen wolle, und in dieser Sache bei Oesterreich Unterstützung finde. Eben jetzt sollen über diese Angelegenheit lebhafte Unterhandlungen gepflogen werden. — Wir bemerken hierzu, daß Dänemark gar nicht daran gedacht hat, die Ständeversammlungen aus einem neuen Wahlgesetz hervorgehen zu lassen, und daß es also auch von Oesterreich in dieser Sache nicht unterstützt werden kann. Daß dagegen dänischer Seits den definitiven Propositionen Oesterreichs und Preußens ein Hinderniß entgegengestellt wird, dürfte aus dem immer noch verzögerten Abschluß der Unterhandlungen hervorgehen, und sind wir sonst gut unterrichtet, so besteht dies Hinderniß darin, daß die dänische Regierung allerdings sich bereit erklärt, sofort die alten Stände in den Herzogthümern zu berufen, aber nicht, damit dieselben Beschlüsse fassen, sondern nur um ihren Beirath zu den für nothwendig erklärten Verfassungs-Veränderungen abzugeben. Preußen und Oesterreich verharren auf Berufung der alten Stände mit den alten Rechten. (N. Pr. Z.)

In der 1. Kammer hat sich die Kommission für Handel und Gewerbe konstituirt und den Prinzen von Hohenlohe zum Vorsitzenden gewählt.

In der Kommission für Handel und Gewerbe der 1. Kammer wird die Rübenzucker-Besteuerungsfrage schon heute zur Sprache kommen. Von einer Seite soll eine Steuer von $7\frac{1}{2}$ Sgr. pro Zentner beantragt werden, ein Satz, der weit über das Maaß, welches der Vertrag vom 7. September feststellt, hinausgeht. Die Regierung beabsichtigt jedoch nicht, die Rübenindustrie durch solche hohe Steuer zu vernichten, sondern eine allmälige, stufenweis steigende Besteuerung einzuführen.

Die Kammern werden sich, wie wir hören, am 21. bis zu den ersten Tagen des Januars vertagen.

[Erste Kammer.] Es ist charakteristisch, daß, wie wir vernehmrn, in den zweitägigen Debatten der Kommission der ersten Kammer für die Gemeinde-Ordnung über die Freiheiten der neu-vorpommerschen Städte die Linken, und zwar ausdrücklich im Interesse der bureaukratischen Einförmigkeit des Verwaltungs-Mechanismus, diese Freiheiten sofort vernichten wollten, während deren Schonung und Erhaltung nicht blos von konservativen Kommissions-Gliedern lebhaft verfochten, sondern auch, was besonders erfreulich ist, von Seiten der Regierung, so weit sie es für thunlich hielt, sichtlich gewünscht wurde. Es war diesmal nicht von Vorrechten der Ritterschaft die Rede, sondern von der Selbstständigkeit und Selbstverwaltung bürgerlicher Korporationen. (N. Pr. Z.)

**Danzig,** 11. Dezember. [Unsere Gemeindebehörden] haben den Kammern eine ausführliche Denkschrift über die von dem Staatsministerium beabsichtigten Abänderungen der Gemeindeordnung überreicht und sie am Schlusse derselben gebeten, „sämmtliche von der Regierung beantragten Abänderungen der Gemeindeordnung zu verwerfen.“ Die Mitglieder des Gemeinderathes und des Gemeindevorstandes sind in überwiegender Majorität konservativ gesinnt. Aber gerade im konservativen Interesse beklagen sie es, daß manche liberalere Bestimmungen der alten Städteordnung durch die neue Gemeindeordnung aufgehoben sind, namentlich, daß die Zahl unserer Gemeindewähler durch sie von 3000 auf 2000 herabgesetzt und daß auch diesen das bisherige „völlig gleiche Wahlrecht“ durch das Dreiklassensystem entzogen ist. Freilich glauben sie nicht, daß eine Rückkehr zu demjenigen Maße der Gleich-Berechtigung, welches die Städteordnung gewährte, jetzt erreichbar sei. Aber sie verwahren sich auf das Entschiedenste gegen alle noch weiter gehenden Beschränkungen, wie sie von der Regierung den Provinzialständen proponirt und von diesen begutachtet sind. Indem ich den weiteren Inhalt der in vieler Beziehung interessanten Denkschrift übergehe, hebe ich nur noch das hervor, was sie über die proponirte Befreiung der Geistlichen und Kirchendiener und die auch von mehreren „Provinzial-Vertretungen“ geforderte Befreiung der Schullehrer von den Gemeindelasten sagt. „Den Grundsatz der Verfassuug (heißt es), welcher die Gleichheit aller Staatsangehörigen vor dem Gesetze sanktionirt, wozu unbezweifelt nicht nur die Gleichheit der Rechte, sondern auch die Gleichheit der Lasten gehört, glauben wir in seinem ganzen Umfange als unverletzlich ansehen zu müssen. Auf der Festhaltung dieses Prinzips und auf der konsequenten Durchführung desselben beruht, unserer Ansicht nach vorzugsweise die Erhaltung der inneren Ruhe, die Unmöglichkeit der Geltendmachung von Sonderinteressen und ebenso die Bekämpfung derselben durch die daran Betheiligten.“ Die Denkschrift verkennt nicht, daß die traurige Lage vieler Geistlichen und Lehrer durch positive Maßregeln verbessert werden müsse. Aber die Reaktivirung ihrer früheren Steuerfreiheit will sie nicht, weil sie jenes Prinzip nicht verletzt wissen will. Sie meint, es müsse die Verletzung desselben in diesem Punkte auch die weitere praktische Folge haben, daß die von der pommerschen Provinzialvertretung geforderte Beibehaltung der Grundsteuerbefreiungen sich dann auf einen maßgebenden Präcedenzfall stützen werde. (Nat.-Z.)

**Magdeburg,** 7. Dez. [Uhlich] hat bis jetzt „wegen unbefugter Verrichtung geistlicher Amtshandlungen“ dreißigmal vor Gericht gestanden, darunter vierzehnmal vor Obergerichten, wo er stets verurtheilt wurde, während dies bei Untergerichten nur einige Mal der Fall war. (F. J.)

**Köln,** 12. Dezbr. [Militärisches.] Gestern haben uns 3 Kompagnien des 2. Bataillons des 34. Infanterie-Regiments verlassen, um die Garnison Trier zu beziehen. Die Generalität Kölns begleitete die abziehenden Truppen eine Strecke. — Herr Thiers war gestern Abends im „Hotel Disch“ abgestiegen, ist aber noch mit dem Nachtzuge nach Belgien abgereist, begiebt sich also wohl nach England. (Köln. Z.)

## Deutschland.

**Frankfurt a. M.,** 11. Dezbr. [Bundestägliches. — Verschiedenes.] Die Stimmung in den hiesigen diplomatischen Kreisen ist noch vorwaltend eine befriedigte über den Gang der Dinge in Frankreich; bezeichnend aber ist, daß diese Befriedigung, wie wir selbst uns zu überzeugen Gelegenheit hatten, keinen rechten Ausdruck finden kann, und daher fast eher den Eindruck des Gegentheils macht. Zurückhaltendes Schweigen ist man sonst nicht eben gewöhnt, für die Physiognomie eines innern Behagens zu halten. Tieferblickende wollen sich daher auch nicht verhehlen, daß über den für den Augenblick genügenden Erfolg hinaus, bei dem zumal Ueberraschung und Alles niederhaltender Belagerungszustand keine klare Uebersicht der wahren Verhältnisse gestatten, etwas ganz Anderes liegen könne. Alle diese Stimmungen lassen es denn auch nicht zu bestimmten Entschlüssen kommen. „Man hält militärische Maßregeln in diesem Augenblicke für unnöthig, und doch wieder vielleicht schon von den nächsten Tagen geboten. Man weiß dies nicht, wie es überhaupt Niemand wissen kann; so thut man denn vor der Hand nichts äußerlich Sichtbares. Nur Baiern, hörten wir gestern zuversichtlich behaupten, werde ein Corps von 12000 Mann im Rheinkreise aufstellen, und zwar ohne Säumen. Doch soll das hier stehende Bataillon, das zu diesem Corps gehören würde, hier bleiben. Der Marquis von Tallenay, französischer Gesandter beim Bunde, der für einen eifrigen Anhänger Louis Napoleons gilt, soll möglichst „beruhigende“ Aeußerungen abgegeben haben.

Für das, was den „H. N." von einem österreichischen Plane zu einer kaiserlichen Centralgewalt geschrieben wird, suchten wir hier vergebens nach einer faktischen Begründung. Unfaßbare Gerüchte finden sich allerdings. Consistenter ist dagegen auf österreichischer Seite die Ansicht, daß Preußen, trotz gegentheiliger Erklärung, am 2. Januar auf dem Handelskongresse in Wien vertreten sein werde.

Die kurhessische Liquidation ist beim Bundestage nicht vorgekommen. Der baierische Bundestagsgesandte hat die Kostenberechnung (800,000 Thlr.) einfach dem kurhessischen übergeben, und es scheint die Angelegenheit den Gang gehen zu sollen, wie bei Baden: daß Kurhessen zahlt und dann etwa sich an den Bund hält. So theilte man uns mit. — Herr v. Xylander tritt in diesen Tagen zur Bundes-Militärkommission zurück.

Zur Widerlegung der vom „Lloyd" gemeldeten Nachricht, daß man hier keineswegs von der Errichtung einer Bundes-Centralpolizei-Behörde abgekommen sei", schreibt man der Pr. Ztg. von hier: „Man ist allerdings von der Errichtung einer Bundes-Centralpolizei nicht abgekommen, man ist aber auch mit dem Projekt nicht vorwärts gekommen. Der Ausschußbericht nämlich weicht bedeutend von den ursprünglichen Anträgen Preußens und Oesterreichs ab. Ob daher die desfallsigen Vorschläge des Ausschusses auf Zustimmung der erwähnten Regierungen rechnen können, ist eine Frage, welche die definitive Regulirung dieser Angelegenheit jedenfalls noch hinausschiebt."

Auch kann, demselben Blatte zufolge, mit Bestimmtheit versichert werden, „daß die als binnen Kurzem bevorstehend gemeldete Zusammenziehung eines Bundeskorps von 12,000 Mann um so weniger in nächster Frist zu erwarten sei, als die gegenwärtige Lage der Dinge in Frankreich augenblicklich wenigstens „gegründete Besorgnisse" nicht einflöße."

Der offiziellen Leipziger Zeitung schreibt man von hier in Beziehung auf den bereits gemeldeten Zusammentritt der Kommission für Preßangelegenheiten: „Der Kommission ist, wie man vernimmt, der Antrag ertheilt, dem politischen Ausschusse Vorschläge über diejenigen Maßnahmen zu machen, welche als allgemeine Bundesbestimmungen zur Verhinderung des „Mißbrauchs der Preßfreiheit" aufzustellen sein würden. Wie aus gut unterrichteter Quelle verlautet, wurde gleich in der ersten Sitzung von dem österreichischen Kommissionsmitgliede, Herrn von Lakenbacher der Vorschlag gemacht, daß den Berathungen die preußische Preßgesetzgebung zu Grunde gelegt werde. Das preußische Kommissionsmitglied, Regierungsassessor Zietelmann, bemerkte hierauf, so wird versichert, daß er zuvörderst diesfällige Instruktionen von Seiten seiner Regierung einholen wolle, und daß er zu diesem Behufe eine Frist von sechs Wochen wünsche. Die Majorität stimmte jedoch gegen eine solche Verzögerung. Die Fachmänner-Kommission wird demnach gemäß dem von ihrer Majorität genehmigten Antrage des Herrn von Lakenbacher ihre Berathungen mit möglichster Beschleunigung fortsetzen."

Man erzählt sich hier allgemein, daß in den letzten Tagen einige Geldsendungen von mehren Millionen auf fremde Ordre von hier nach Paris gegangen sind.

(D. A. Z.)

Ueber die beabsichtigte Reaktivirung der Vorrechte des ehemaligen reichsständischen und ritterschaftlichen Adels bringt die Pr. Ztg. unter Frankfurt eine Mittheilung, die es im Wesentlichen bestätigt, daß der Bundestag die Rechtmäßigkeit der bezüglichen Reklamationen anerkennt, vor der Hand es aber noch unentschieden läßt, welche Mittel angewendet werden sollen, um diesen Ansprüchen Geltung zu verschaffen. Mit Bezug auf eine Eingabe des Prinzen Karl zu Oettingen-Wallerstein, in der der Bundestag im Namen der Standesherrn gebeten wurde, jetzt nach Aufhebung der Grundrechte auch die durch einzelne Landesgesetzgebungen eingeführten Alterationen des bundesrechtlichen Zustandes der Standesherren wieder aufzuheben, und die fortwährende Rechtskraft des Art. 14 der Bundesakte ausdrücklich anzuerkennen, schreibt man nämlich der Pr. Z. ob ein Bundesbeschluß in der beantragten Art und Weise gefaßt werden wird, steht dahin. Es scheint vielmehr die Ansicht obzuwalten, daß es einer ausdrücklichen Anerkennung der noch fortdauernden Rechtsbeständigkeit des Art. 14 gar nicht bedürfe, und daß die Reklamationen der Standesherren wegen Verletzung ihrer Rechte zunächst in den einzelnen Bundesstaaten auf dem verfassungsmäßigen Wege zum Austrag zu bringen seien.

**Stuttgart,** 10. Dez. Die „Württ. Z." schreibt: Wir hören, daß heute 21 Mitglieder des Arbeiter-Vereins ausgewiesen worden sind.

**Darmstadt,** 10. Dez. [Aus den Kammern.] Die erste Kammer ist heute zur Berathung der Regierungsvorlage wegen Staatsbeihülfe zum Ausbau der Rheinhessischen Ludwigs-Eisenbahn geschritten. — Die zweite Kammer hat bei Fortsetzung ihrer Berathung über die Organisation der Landesvertretung den Art. 2 der Regierungsvorlage, betreffend die Zusammensetzung der ersten Kammer, verworfen. Der Regierungskommissar beantragte Aussetzung der ferneren Berathung, um erst Instruktionen einzuholen. Dem Antrag ward Folge gegeben.

**Hannover,** 12. Dez. [Stüve. — Kammer-Verhandlungen.] Die Z. f. N. meldet: Stüve ist heute Morgen hier angekommen und hat, nach Ausgleichung der Differenzen mit seinen Mündener Wählern, der Regierung bereits die Annahme seiner Wahl in Münden angezeigt.

In der heutigen Sitzung der ersten Kammer ist der Gesetzentwurf bei der Spezialdiskussion über die Justizorganisation zum zweiten Male mit allen gegen etwa 10 Stimmen abgelehnt. Hierauf berichtete Wynecken, daß die verstärkte Konferenz über die Adresse wiederum erfolglos gewesen; trotz zweimaliger Sitzung sei keine Einigung erfolgt. Nach längerer Debatte entschied sich die Kammer für Wiederaufhebung des früheren Beschlusses. Es wird nunmehr eine einfache Gratulations- und Kondolenz-Adresse erlassen werden. — Die zweite Kammer berieth zum dritten Male über das Justizorganisationsgesetz und lehnte dasselbe mit allen Stimmen gegen die der Minister ab.

(Konst. Z.)

**Hamburg,** 13. Dez. [Gerüchte aus Holstein.] In Kiel geht wiederum das Gerede von dem nahe bevorstehenden Abmarsch der Bundestruppen; es heißt, die Preußen werden den 15ten k. Mts. das Land verlassen. Eben daher schreibt man, daß in Folge der französischen Ereignisse bereits Oesterreich und Preußen nicht mehr so entschieden auf ihren Forderungen gegen Dänemark beständen wie früher. Wir bezweifeln die unbedingte Richtigkeit der einen wie der anderen Mittheilung. — Dänische Blätter reden von Neuem davon, Graf Carl Moltke werde zum Minister für Holstein und Lauenburg ernannt werden.

(H. N.)

## Oesterreich.

**Wien,** 13. Dezember. Heute hatte Lord Westmoreland seine erste Vorstellung bei Sr. Maj. dem Kaiser.

## Frankreich.

**Paris,** 11. Dezbr. [Tagesbericht.] Es heißt, daß alle früheren Galeerensträflinge und sonstige Sträflinge, die den ihnen angewiesenen Aufenthalt verlassen, kraft des erlassenen Dekrets deportirt würden. Es heißt, daß die Bagno's überhaupt aufgehoben werden sollen.

Die Leichenfeier des Marschall Soult fand am 6. Dezember zu St. Amand statt. Der Erzbischof von Alby und der Bischof von Cahore hatten sich eingefunden, um dem großen Krieger die letzten Ehren zu erweisen.

Der Kriegsminister hat an die kommandirenden Generale in den Departements vorgestern folgende Depesche gerichtet: Alle bewaffnete Insurrektion hat in Paris durch kräftige Unterdrückung aufgehört, und dieselbe Energie wird überall dieselben Folgen haben. Banden, die Plünderung, Brandstiftung und Schändung treiben, stellen sich aus dem Bereiche des Gesetzes. Mit solchen Personen kann es kein Parlamentiren, noch Aufforderungen geben, sie müssen angegriffen und zersprengt werden. Wer nur immer Widerstand leistet, muß im Namen der Gesellschaft, die sich selbst rechtmäßig vertheidigt, gleich erschossen werden.

Der Minister des Innern hat an alle Präfekten ein Rundschreiben erlassen, worin er dieselben auffordert, alle Beamten zu bezeichnen, die ihre Pflicht gethan, oder Schwäche bewiesen, damit Strafe oder Lohn ihnen werde.

Trotzdem die pariser Blätter darüber kein Wort berichten dürfen, ist bekannt geworden, daß gegen 250 Repräsentanten aller Parteien eine Proklamation beschlossen und auch publizirt, kraft deren eine neue Konstituante einberufen wird, die über das künftige Geschick Frankreichs endgültig entscheiden soll.

Das „Journal des Debats," die „Assemblee" und das „Siecle" begnügen sich damit, die erlaubten Tagesnachrichten abzudrucken.

Das „Pays" fährt fort, Betrachtungen über die Lage Raum zu geben, worin es dem Präsidenten schriftlich huldigt und Republikaner, Legitimisten und Orleanisten auffordert, sich Louis Napoleon anzuschließen, um die Gesellschaft zu retten.

Der „Constitutionnel" benutzt wieder die Zügellosigkeiten des aufgestandenen Landvolks, um damit den Beweis zu führen, daß Louis Napoleon der Retter Frankreichs sei und daß er allein dazu berufen sei, die Anarchie des Sozialismus zu Boden zu schmettern. Er allein hat uns aus einem Bürgerkriege und fremder Invasion errettet.

Louis Napoleon stattete gestern Nachmittag in Begleitung des Kriegsministers und seiner Adjutanten den in Civilspitälern liegenden Verwundeten einen Besuch ab und sprach ihnen Worte des Trostes und der Ermunterung zu.

Eben erscheint ein Dekret des Präsidenten, welches die Untersuchung aller mit dem Aufstand in der ersten Militärdivision in Bezug stehenden Fakten und die Aburtheilung der dabei betheiligten Individuen der Militärgerichtspartei unterwirft. Vier Militär-Kommissionen, deren jede aus 3 Mitgliedern besteht, haben die Untersuchung zu führen und zu entscheiden, welche Personen den Kriegsgerichten zu überweisen oder in Freiheit zu setzen sind.

**Paris,** 11. Dezbr. [Die Jacquerie in den Departements.] Es sind wieder vier Departements in Belagerungszustand erklärt worden: Gers, Var, Lot und Lot et Garonne. Man wird es nachgerade müde, solche Anzeigen zu machen. Nehmen Sie künftig an, ganz Frankreich sei in Belagerungszustand, es wird bequemer sein, die Ausnahmen zu bezeichnen; noch einige Tage und es giebt deren keine mehr. Die Gründe, welche der „Moniteur" bei seinen Dekreten anführt, brauchen nicht wiedergegeben werden. Es sind immer dieselben. Sozialistische Parteien, Mörder, Räuber u. s. w., welche die Departements durchziehen, machen den Ausnahmezustand nöthig. Es ist schlimm, wo diese Nothwendigkeit vorhanden ist, schlimm, wenn man diese Erklärung auf das ganze Land ausdehnen muß. Im Hintergrunde steckt doch immer der Satz, daß man im Lande eben keine Begeisterung für den letzten Streich des Präsidenten fühlt und daß es bequemer ist, dem Lande Bajonnete auf die Brust zu setzen, als ihm zu beweisen, daß es Unrecht habe, Louis Napoleon nicht zu Füßen fallen zu wollen. Die Nachrichten aus den Nieder-Alpen sind übrigens schlimm genug. Die Regierungsblätter gestehen selbst, das ganze Departement sei in den Händen der Sozialisten. Man hat Kuriere angehalten und ihnen die Depeschen abgenommen. Mehr als 4000 Insurgenten haben den Hauptort Digne, besetzt, 2000 sind in Sisteron eingezogen, haben den Stadtrath fortgeschickt und wollen sich der Citadelle bemächtigen, in welche sich die Behörden geflüchtet haben. Bis jetzt fehlen alle weitern Nachrichten aus diesen Gegenden. Alle diese Unruhen entscheiden nichts, denn sie haben keinen geordneten Zusammenhang, während die Armee nach Einem Befehl handelt. Aber sie beweisen wenigstens für den Geist, der im Land herrscht, und daß die ganze neue Regierung keine Stütze weiter hat, als das Heer, mit dem man nicht immer Polizei machen kann. — Im Var-Departement, das schon in Belagerungszustand ist, geht es nicht besser zu. Dort ziehen bewaffnete Banden herum, mit den gefangenen Behörden an der Spitze, die sie in Ketten gelegt haben, unter andern den Postdirektor von Luc. Der Anführer dieser Insurrektion hat sogar seine Amtseinsetzung offiziell nach Paris angezeigt. Die Folge war, daß sogleich ein General nach dem Ort abgeschickt worden ist, um den Militärs etwas größere Energie einzuflößen. Da wo übrigens der Ausbruch von Unruhen am ersten zu befürchten war, wie in Lyon, ist die Ordnung am wenigsten gestört worden. Wie in Paris, so haben auch an der Rhone die Arbeiter sich entschlossen, zu warten, was aus der Republik wird und ihr Wort erst zu sprechen, wenn diese ernstlich in ihrem Dasein bedroht wird. Man wird übrigens kaum wissen, wo alle Verhafteten unterzubringen. In Clamecy allein sind über 260 festgenommen worden. Im Ganzen ist es, wo es zu einem Zusammenstoß gekommen, ziemlich unblutig zugegangen. Nur in Crest sollen 300 Insurgenten geblieben oder Verwundet worden sein, während das Militär nur drei Mann verloren hat, ein Verhältniß, das etwas stark an die napoleonischen Bulletins erinnert.

Wir stellen aus den Berichten der „Patrie" und des „Constitutionnel" folgende weitere Angaben über die Unruhen und Excesse in den Departements zusammen: Carlier traf nebst dem General Pellion und dem General-Prokurator zu Bourges in der Nacht vom 8. auf den 9. Dezember mit Verstärkung vor Clamecy ein, das schon seit dem 5. von Truppen blokirt wird. Man beschloß, am 9. anzugreifen; aber noch vor Tagesanbruch kamen Abgeordnete aus der Stadt und meldeten, daß die Insurgenten, die Dunkelheit benutzend, nach allen Seiten entwichen. Um 6 Uhr früh nahmen die in der Nacht angelangten Behörden, ohne einen Schwertstreich von der Stadt Besitz und der Präfekt erließ alsbald eine Proklamation, worin der Verwüstung von Wohnungen, der Ermordung von achtbaren Bürgern, Greisen, Kindern und Gensd'armen gedacht, der Schändung von Frauen nicht erwähnt wird. Zur Aburtheilung der durch die Trup-

pen Verhafteten, so wie derer, welche von den Landleuten der Umgegend eingebracht wurden, die auf die Flüchtigen eifrig fahndeten, war sofort ein Kriegsgericht eingesetzt worden. — Zu Crest, einer kleinen Stadt im Drôme-Thale, versuchten die Anarchisten einen Aufstand und pflanzten unter Vivats für die soziale Republik die rothe Fahne auf, konnten sich aber der Stadt nicht bemächtigen. Es kam zu einem Gefechte, worin mehrere Gensd'armen getödtet oder verwundet wurden. Auf die Kunde, daß Truppen heranzögen, flüchteten die alsbald verfolgten Meuterer.

Zu Mirande, einer Bezirksstadt im Gers-Departement, bemächtigte sich am 5. eine Meuterer-Bande der Stadt, sperrte die Behörden ein, und errichtete an den Thoren Barrikaden; als aber Truppen erschienen, rissen die Meuterer selbst die Barrikaden nieder und ließen die Behörden frei. Sie hatten blos zur Erpressung von Lebensmitteln Zeit gehabt. — Die Führer des Aufstandes zu Poligny, worunter ein Sozialist, dessen erste Handlung die Einkerkerung seines Vaters und Bruders war, haben sich nach der nahen Schweiz geflüchtet. — Zu Neuvy, einem Flecken an der Loire, errichteten Meuterhaufen Barrikaden, und ein Kerl brachte, als Truppen anrückten, dem Pfarrer, welcher zur Niederlegung der Waffen ermahnte, eine schwere Schußwunde bei. Er wurde, als die Truppen sich der Barrikaden bemächtigt und die Insurgenten, in so weit sie nicht verhaftet wurden, sich geflüchtet hatten, ergriffen, vom Kriegsgericht verurtheilt und erschossen. Den Pfarrer hoffte der Arzt noch zu retten. — Zu Beziers kämpften etwa hundert Soldaten gegen 1500 bis 2000 dort eingedrungene Insurgenten eine Stunde lang, worauf letztere mit Zurücklassung von 8 Todten flüchteten; die Truppen zählten 2 tödtlich und 4 bedeutend Verwundete. Zahlreiche Verhaftungen fanden Statt; ein Insurgent hatte, ehe der Kampf begann, einen achtbaren Bürger unter dem Rufe: „Da ist ein Grnndbesitzer!" erschossen.

Zu Bedarrieux kamen in der angezündeten Kaserne drei Gensd'armen so wie ein Kind, das sich voll Brandwunden nach außen rettete, von den Insurgenten aber in die Flammen zurückgeschleudert ward, ums Leben. Die andern Gensd'armen entkamen schwer verletzt; die Frau des einen wurde getödtet. — Die Stadt La Palisse (Depart. Allier) ward am 4. Dezbr. früh von 300 bewaffneten Demokraten aus Donjon überfallen, die sofort raubten und plünderten. Die wenigen Gensd'armen wollten mit Hülfe von etwa 40 Nationalgardisten den eingesperrten Unter-Präfekten befreien, sie wurden jedoch zur Hälfte getödtet oder verwundet. Sobald jedoch eine Jäger-Eskadron anlangte, zog die Bande ab, um Moulins anzugreifen, was sie jedoch unterließ, da die National-Garde ihr entgegenzog. Donjon und die Umgegend wurden hierauf militärisch besetzt. — In mehreren Gegenden des Gers-Departements fanden heftige Kämpfe mit Haufen von Bauern statt, welche bewaffnet die Städte überfielen. Ueberall flüchteten die Meutererbanden, sobald Truppen erschienen. Im Departement der Yonne wurden außer Clamecy auch noch andere Orte von Insurgentenbanden überfallen, deren erstes Ziel stets die Mairien waren, wo sie die Waffen der Nationalgarde wegnahmen. Aehnliche Unruhen fielen auch im Departement des Aveyron vor; Rhodez und andere Städte wurden von Aufrührerhaufen heimgesucht.

# Mannigfaltiges.

— Der amerikanische Dreimaster „Francs", der vor einigen Tagen von Antwerpen nach New-York mit 200 Auswanderern ausgesegelt, ist zu Cowes eingelaufen, da er im Kanal mit einem unbekannten Schiffe zusammengestoßen war und bedeutenden Schaden gelitten. Die Passagiere mußten hier landen, bis das Schiff wieder segelfertig ist. Die Königin, die sich auf der Insel Wight befindet, gab, als sie das Unglück erfuhr, den Befehl, daß die armen Auswanderer auf ihre Kosten während ihres Aufenthalts zu Cowes unterhalten werden sollen.

— Kardinal Wiseman hielt vor einigen Tagen in der deutschen katholischen Kapelle von St. Thomas zu London eine Predigt, worin er den Gläubigen anzeigte, daß die Kongregation der Redemtoristen eine große deutsche Kirche für die Deutschen in London zu erbauen beschlossen, und daß dieselbe sich desfalls an die Mildthätigkeit der Gläubigen wenden würde.

— Zu Dublin wurde kürzlich ein seltsamer Rechtsfall verhandelt. Der Journalist Birch, welcher im Jahre 1848 im Auftrage des irischen Staatssekretärs Sommerville in den dubliner, Blättern die Politik des Gouvernements verfochten, um die damals gährenden revolutionären Ideen zu bekämpfen, hat eine Klage gegen den Staatssekretär anhängig gemacht, und verlangt 7000 Pfd. Sterling für seine damaligen Dienstleistungen. Die Jury scheint dieselben gering angeschlagen zu haben, denn sie erkannte ihm nur 6 Pence zu.

— Auf der Eisenbahn zwischen Chatellineau und Namur fand am 11. Abends ein trauriger Unfall statt, indem der Zug, der Abends halb 7 Uhr von Brüssel abgeht, mit einer Hülfs-Lokomotive zusammenstieß, die zufällig einem verzögerten Waarenzug zur Hülfe gesandt worden war. Das Unglück fand in der Nähe der Station von Floresse statt. Obgleich die Hülfs-Lokomotive das gehörige Signal gab, fuhr der Zug in rascher Schnelle auf sie ein. Der Zusammenstoß war fürchterlich. Mehre Personen, die auf dem brüsseler Zuge waren, trugen Wunden und Kontusionen davon. Der Postbeamte des ambulanten Bureaus zerbrach eine Rippe. Der Konvoiführer wurde ebenfalls verwundet. Die Personen, welche auf der Hülfslokomotive sich befanden, zum Glück den unvermeidlichen Stoß ahnend, waren noch zeitig genug herab gesprungen.

— Die Unternehmer des Büffets im Glaspallast zahlten für das Privilegium 3000 Pfd. Sterling Miethe und machten dennoch während der 5 Monate der Ausstellungszeit einen reinen Gewinn von zwei Millionen Francs.

### Wasserstand der Oder an den Pegeln zu Brieg.

| | Oberpegel. | Unterpegel. |
|---|---|---|
| Am 14. Dezbr. 7 Uhr Morgens: | 20 Fuß 8 Zoll. | 17 Fuß — Zoll. |

### Wasserstand der Oder an den Pegeln zu Oppeln.

| | | | Oberpegel. | Unterpegel. |
|---|---|---|---|---|
| Am 12. Dezbr. | 12 Uhr | Mittags: | 15 Fuß 8 Zoll. | 15 Fuß 8 Zoll. |
| „ 12. „ | 3 „ | N.-M.: | 15 „ 7 „ | 15 „ 6 „ |
| „ 12. „ | 5 „ | Abends: | 15 „ 6 „ | 15 „ 5 „ |
| „ 13. „ | 8 „ | Morgens: | 15 „ 8 „ | 15 „ 7 „ |
| „ 13. „ | 12 „ | Mittags: | 15 „ 9 „ | 15 „ 8 „ |
| „ 13. „ | 3 „ | N.-M: | 15 „ 10 „ | 15 „ 9 „ |

Steht seit 12 Uhr Nachts. Da die Oder fällt, hört die Zusendung der Rapporte auf.

### Wasserstand der Oder am Pegel zu Ratibor.

| | | |
|---|---|---|
| Am 10. Dezbr. | 12 Uhr Mittags: | 15 Fuß 10 Zoll. |
| „ 11. „ | 12 Uhr Mittags: | 16 „ 3 „ |
| „ 12. „ | 12 Uhr Mittags: | 18 „ 7 „ |
| „ 12. „ | in der Nacht: | 19 „ — „ |
| „ 13. „ | 12 Uhr Mittags: | 16 „ 9 „ |
| „ 14. „ | 12 Uhr Mittags: | 14 „ 4 „ |

Bei einem weiteren Fallen der Oder werden die Rapporte ausgesetzt.



### Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier in der Wallstraße Nr. 3 belegenen, auf 10,470 Rthlr. 1 Sgr. 11 Pf. geschätzten Grundstückes, haben wir einen Termin

**auf den 7. Juni 1852,**
Vormittags 11 Uhr,

in unserem Parteien-Zimmer — Junkernstraße Nr. 10 — anberaumt.

Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Breslau, den 14. Nov. 1851.

[859] Königl. Stadt-Gericht. Abthl. I.

[857] **Steckbrief.**

Der nachstehend näher bezeichnete Kaufmann Abraham Koppel ist durch Erkenntniß des Kriminalsenats des königl. Appellationsgerichts zu Breslau vom 27. Mai 1851 wegen betrüglichen Bankeruts unter Verlust des Rechts, die Nationalkokarde zu tragen, des gerichtlichen Glaubens, der bürgerlichen Ehren und kaufmännischen Rechte für verlustig erklärt und zu fünfjähriger Zuchthausstrafe rechtskräftig verurtheilt worden, und hat sich von Breslau entfernt, ohne daß sein gegenwärtiger Aufenthalt zu ermitteln gewesen ist.

Es werden alle Civil- und Militär-Behörden des In- und Auslandes dienstergebenst ersucht, auf denselben zu vigiliren, im Betretungsfalle festnehmen, und mit allen bei ihm sich vorfindenden Gegenständen und Geldern mittelst Transports an die hiesige Gefängniß-Expedition abliefern zu lassen.

Es wird die ungesäumte Erstattung der dadurch entstandenen baaren Auslagen und den verehrlichen Behörden des Auslandes eine gleiche Rechtswillfährigkeit versichert.

Ein Jeder, welcher von dem Aufenthalte des ꝛc. Koppel Kenntniß hat, wird aufgefordert, davon unverzüglich der nächsten Gerichts- oder Polizei-Behörde Anzeige zu machen.

Breslau, den 29. November 1851.

Königl. Stadt-Gericht. Abth. für Strafsachen.

Signalement des Kaufmanns Abraham Koppel: Alter 29 Jahre, Religion jüdisch, geboren zu Breslau, Größe 5 Fuß 6 Zoll, Haare braun, Augen braun, Augenbraunen braun, Kinn rund, Gesichtsbildung oval, Gesichtsfarbe gesund, Nase und Mund gewöhnlich, Bart braun, Zähne gesund, Gestalt mittelmäßig, Sprache deutsch und hebräisch. Besondere Kennzeichen keine. Bekleidung unbekannt.

[858] **Bekanntmachung.**

Bei der Post-Expedition zu Myslowitz ist am 3. November d. J. ein Brief an Madame Marie Stemberg in Breslau, Kupferschmiedestraße 4 zur Post gegeben worden. Dieser Brief, dessen Adressatin nicht zu ermitteln gewesen ist, war mit 45 Rubeln undeklarirt beschwert. Der unbekannte Absender, welcher nach den Ermittelungen der hiesigen Retour-Brief-Oeffnungs-Kommission in Warschau wohnen soll und den Brief jedenfalls auf seiner Durchreise in Myslowitz zur Post gegeben hat, wird zur Empfangnahme des qu. Briefes mit dem Bemerken aufgefordert, daß, wenn derselbe binnen 4 Wochen vom Tage des Erscheinens der Bekanntmachung an gerechnet, sich zur Empfangnahme des Briefes nicht meldet, damit nach den gesetzlichen Vorschriften verfahren werden wird.

Oppeln, den 11. Dezember 1851.

Der Ober-Post-Direktor **Albinus.**



[3283] Fremdenliste von Zettlitz Hôtel.
Lieut. Johannes aus Berlin. Gutsbes. Bar. v. Prittwitz aus Casimir. Graf v. Zamoyski aus Warschau. Hauptm. Graf von Schwerin aus Wesel.

# Markt-Preise.

**Breslau am 15. Dezember 1851**

| | feinste, | feine, | mit., | ordin. Waare. | |
|---|---|---|---|---|---|
| Weißer Weizen | 68 | 65 | 62 | 55 | Sgr. |
| Gelber dito | 66 | 64 | 62 | 56 | „ |
| Roggen . . . | 60 | 57 | 55 | 51 | „ |
| Gerste . . . | 46 | 44 | 42 | 41 | „ |
| Hafer . . . | 31½ | 30½ | 29 | 28 | „ |
| Erbsen . . . | 60 | 57 | 55 | 53 | „ |
| Raps . . . | 75 | 73 | 71 | 70 | „ |
| Sommer-Rübsen | 56 | 54 | 53 | 51 | „ |
| Spiritus . | 11 1/12 Rtlr. Gl. | | | | |

**Die von der Handelskammer eingesetzte Marktkommission.**

### Börsenberichte.

**Berlin,** 13. Dez. Nach Eintreffen der höheren Rente-Notirungen wurde das Geschäft sehr belebt und fast alle Effekten waren zu mehr oder weniger höheren Coursen gefragt.

Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3½% 107⅞ à 8 bez. u. Gl., Prior. 4½% 100½ Gl., 5% 103 Gl. Krak.-Oberschl. 80½ etwas bez., 4% — — Fr.-Wilh.-Nordb. 4% 31⅞ à ½ bez., Prior. 5% 98½ Br. Niederschl.-Märk. 3½% 91 à ½ bez., Prior. 4% 97¾ bez., 4½% 100⅞ bez., Prior. 5% Serie III. 100¼ Br., Prior. Serie IV. 5% 102½ bez. u. Gl. Nieschl.-Märk.Zweigb. 4% 30 Gl. Oberschl. Litt. A. 3½% 132½ à 135¼ bez., Litt. B. 3½% 122 à ½ bez. u. Gl. Rheinische 64, 63½, 65½ bez. u. Br. Stargard-Pos. 84¼ Gl. Geld- u. Fonds-Course. Freiw. St.-Anleihe 5% 102¼ bez. St.-Anleihe 1850 4½% 102 bez. St.-Schuld.-Sch. 88¼ à 89 bez. Seehandl.-Präm.-Sch. 120 bez. Pos. Pfdbr. 4% — — 3½% 93¼ Gl. Preuß. Bank-Antheil-Sch. 96¼ à ½ bez. Poln. Pfdbr. alte 4% — — neue 4% 94¾ Br. Poln. Part.-Obligat. à 500 Fl. 4% 83⅝ Gl., à 300 Fl. 144 Br.

**Wien,** 13. Dez. Bei nicht lebhaftem Geschäft waren Fonds und Aktien fest und beinahe unverändert. Nordbahnaktien von 151¼ bis 151¾ gemacht. Oedenburger E. B. und Dampfschiffaktien besser begehrt. Wechsel niedriger, nur in London erheblicherer Umsatz und nur Frankfurt gefragt.

5% Metall. 92½. 4½% 81⅝; Nordb. 151½; Hamburg 2 Monat 148¼; London 3 Monat 12. 38.; Silber 26½.

Redakteur und Verleger: H. Barth in Breslau. Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.